



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer, Alexander König, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter (CSU)

Appell an den Bund zur Fortsetzung der Förderung des Gigabitausbaus!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Bund sein Nachfolgeprogramm für die Breitbandförderung bereits zum 01.01.2023 startet und ausreichend dotiert. Dazu muss noch im November 2022 der Entwurf für die Förderbedingungen mit den Ländern abgestimmt werden. Kommunen, die bereits Geld und Zeit in Planungen investiert haben, sollen im künftigen Programm vorrangig berücksichtigt werden.

Begründung:

Der kürzlich verkündete Stopp der Förderung nach der Förderrichtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ stellt einen massiven Vertrauensbruch dar und sendet ein fatales Signal für den Digitalstandort Deutschland. Verschärft wird alles dadurch, dass der Förderstopp unangekündigt und sogar rückwirkend verhängt wurde.

Gerade die hohe Nachfrage nach der Förderung zeigt, wie dringend notwendig diese ist. Kommunen haben erheblichen Aufwand betrieben, um die Fördervoraussetzungen zu erfüllen. Sie sind nach aktuellem Stand verloren, ohne dass das eigentliche Problem – die fehlende oder zumindest unzureichende digitale Infrastruktur – gelöst wäre.

Eine flächendeckende, international konkurrenzfähige digitale Infrastruktur ist für gleichwertige Lebensverhältnisse im Land dringend erforderlich. Ohne eine solche ist die Zukunftsfähigkeit auch des Wirtschaftsstandorts Deutschland gefährdet. Bayern ist als Flächenland hier besonders betroffen.